Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1911. Nr. 266. Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illgl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87. Hinterhaus. Eingang Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 9. Juni 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Unverfrorenheit.

Unter dem Stichwort „Agrarische Unverfrorenheit" druckt die „Wehlauer Zeitung" einen Aufsatz der „Kölnischen Zeitung" ab, der über angebliche „Manöver" der Konservativen bei den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die von den Einzelstaaten zu regelnde Verteilung der Beträge der Reichszuwachssteuer zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu berichten wußte. Der Aufsatz ist über den Kreis seines Ursprungs hinaus so bezeichnend für die linksliberale Kampfesweise, daß es wertvoll erscheint, sich einmal damit zu beschäftigen. Es heißt darin:

„Die preußischen Konservativen wünschen, daß an den 40 Prozent, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden vorbehalten sind, auch die sogenannten selbständigen Gutsbezirke teilnehmen. Das bedeute mit anderen Worten, daß ein solcher selbständiger Rittergutsbesitzer, wenn er sein Gut mit Vorteil verkauft, einen Teil der Zuwachssteuer erhalten solle. Um die Sache nach außen hin nicht allzu deutlich an den Tag treten zu lassen, soll der konservative Antrag folgenden Inhalt haben: Statt daß nach der Regierungsvorlage der Kreis ein Achtel, die Gemeinde sieben Achtel erhalten, sollen jetzt Gemeinde und Kreis je die Hälfte erhalten. Auf Antrag einer Gemeinde oder Gutsbezirk soll aber der Bezirksausschuß ermächtigt sein, von dem Anteil des Kreises der einzelnen Gemeinde oder dem einzelnen selbständigen Gutsbezirk auf deren Antrag den aus ihnen aufkommenden Ertrag zu überweisen."

Zunächst ist daran richtig zu stellen, daß die Regierungsvorlage forderte: „Aus Gemeinden, in denen der Kreisausschuß die Veranlagung vorzunehmen hat, erhält der Kreis ein Viertel des Anteils, während drei Viertel der Gemeinde verbleiben. Aus Gutsbezirken erhält der Kreis den vollen Steueranteil."

Die Kommission hatte in erster Lesung folgenden Zusatz beschlossen: „Den Kreisen bleibt es überlassen, den auf sie entfallenden Anteil für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen der Gemeinden und Gutsbezirke zu verwenden."

Die Kommission hielt die zweite Lesung am 19. Mai d. Js. ab und beschloß folgendes: „Von dem Anteil an der Zuwachssteuer, der nach den Vorschriften des Reichsgesetzes den Gemeinden und Gemeindeverbänden verbleibt, erhält die kreisangehörige Gemeinde, in der sich der Steuerfall ereignet hat, sofern sie nicht mehr als 15 000 Einwohner hat, zwei Drittel, sofern sie mehr als 15 000 Einwohner hat, drei Viertel. Den Rest des Anteils erhält der Kreis. Aus den Gutsbezirken erhält der Kreis den vollen Steueranteil. Die Kreise haben den auf sie entfallenden Steueranteil für ihre eigenen Aufgaben oder zum Teil auch für diejenigen einzelner Gemeinden und Grundbezirke zu verwenden."

In beiden Lesungen ist mit aller Deutlichkeit ausgedrückt, daß die auf selbständige Gutsbezirke entfallenden Anteile zu öffentlich-rechtlichen Zwecken verwendet werden sollen. Wenn also „ein solcher selbständiger Rittergutsbesitzer" sein Gut verkauft, so kann ein Teil der Zuwachssteuer für öffentlich-rechtliche Aufgaben des Gutsbezirkes (Kirche, Schule usw.) verwendet werden. Daß er persönlich einen Anteil zurückerhält, davon ist gar keine Rede.

Es ist eine Unverfrorenheit liberaler Zeitungen, ihren Lesern derartige „Manöver"-Geschichten aufzubinden. Aber leider gehört das, wie man tagtäglich lesen kann, bereits zum Handwerksbrauch der liberalen Presse. So setzt auch die genannte „Wehlauer Zeitung" in einem zweiten Aufsatze, betitelt „Die Landkrankenkassen", ihr Gewerbe, die landwirtschaftlichen Bevölkerungskreise untereinander zu verhetzen, fort. Es paßt ja der Liberal-Demokratie überhaupt nicht, daß die Reichsversicherungsordnung Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse auf dem platten Lande nimmt und die Einrichtung und Organisation von Landkrankenkassen vorsieht. In den Landkrankenkassen sollen versichert sein die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die unständigen Arbeiter, die Wanderarbeiter und die Hausgewerbetreibenden. Die Landkrankenkassen werden je für einen Kreis errichtet.

Es ist nur natürlich und zweckdienlich, daß der landwirtschaftliche Arbeiter nicht in eine gemeinsame Organisation mit dem industriellen Arbeiter hineingezwungen und etwa — nach liberal-demokratischer Forderung — den Ortskrankenkassen zugewiesen werde. Die Ortskrankenkassen sind in der Hauptsache an gewerbliche Arbeiter zugeschnitten und setzen das nahe örtliche Zusammenwohnen voraus. Betreffs der Landarbeiter aber erfordert die zerstreute Lage, die völlig andere Grundlage des Arbeitsvertrages, das Natural-Löhnungssystem besondere Rücksichtnahme. Hinzu tritt die Zusammengehörigkeit, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Lande besteht, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen, das Aufeinander-Angewiesensein. Nicht unerwähnt bleiben darf die Gefahr, daß die durch die Ortskrankenkassen begünstigte sozialdemokratische Agitation auf diese Weise auch in die ländlichen Kreise hineingetragen wird. Darin liegt ja auch der stärkste innere Grund des Widerstandes der Sozialdemokratie gegen besondere Landkrankenkassen, und wo es gilt, der Sozialdemokratie beizustehen in ihrem Haß und Kampf gegen alles, was sich zur Landwirtschaft bekennt, da ist der Freisinn immer dabei. Nach alter Methode verhüllt der Freisinn seine landwirtschaftsfeindlichen Bestrebungen durch das Vorgeben, er wolle nur den Großgrundbesitz im allgemeinen und den Bund der Landwirte im besonderen bekämpfen. So versucht auch die „Wehlauer Zeitung", die Landkrankenkassen zu bemängeln, weil sie nur im Interesse des Großgrundbesitzes eingerichtet seien.

So wird es verurteilt, daß der Großgrundbesitz die Möglichkeit habe, sich von der Krankenversicherungsverpflichtung zu entbinden, dadurch, daß er bei 50 Versicherten eine eigene Betriebskrankenkasse einrichten kann, und daß in der Landwirtschaft auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht befreit wird, wer an diesen bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine den Kassenleistungen gleichwertige Unterstützung hat. Voraussetzung dafür ist, daß der Arbeitgeber die volle Unterstützung aus eigenen Mitteln deckt, daß ferner seine Leistungsfähigkeit sicher ist, und daß er schließlich den Antrag für die sämtlichen in der Landwirtschaft bei ihm Beschäftigten stellt. Es handelt sich hier hauptsächlich um solche Fälle, wo die Naturallöhnung noch vollständig vorhanden ist, wo der Arbeiter Anspruch hat auf Wohnung, auf Deputate an Getreide, Feuerung, Kartoffelland, Futter für eine Kuh usw., und wo auch in Krankheitsfällen diese Naturallöhnung fortläuft; wo der Arbeiter weiter Ansprüche auf freien Arzt und freie Apotheke hat. Diese Leistung ist vielfach wesentlich mehr als das Gesetz vorschreibt. Es ist auch nur ein Vorteil für den Arbeiter, denn ohne Beitragszahlung seinerseits muß ihm mindestens das geleistet werden, was die zuständige Landkrankenkasse leistet. Bei dem Risiko, das sie hiermit übernehmen, werden nur diejenigen Besitzer sich dazu entschließen, denen besonders daran gelegen ist, die Fürsorge für ihre Arbeiter zu übernehmen, um dadurch bestehende enge persönliche Beziehungen aufrechtzuerhalten. Darin liegt keine Bevorzugung des Großgrundbesitzes, diese Bestimmung ist vielmehr im Interesse der mittleren und kleineren leistungsfähigen Grundbesitzer getroffen, denen nicht minder an der Aufrechterhaltung der persönlichen Beziehungen zu ihren Arbeitern gelegen ist. Daß hierbei gerade der leistungsfähige Bauernstand berücksichtigt wird, das hat der Sozialdemokrat Busold im Reichstage direkt hervorgehoben, wenn er sagt, „daß der betreffende Paragraph (477) landwirtschaftlichen Unternehmern, welche sich nicht selbst eine Betriebskrankenkasse errichten, diese Ausnahmebegünstigung zuteil werden lassen will, das heißt solchen Unternehmern, die nicht imstande sind, in ihrem Betrieb jährlich mindestens zwei Wochen lang 50 Arbeiter zu beschäftigen, deren Betrieb also kleiner ist, die aber immerhin der Behörde gegenüber noch so leistungsfähig erscheinen, daß man ihnen diese Ausnahme gestatten kann.

Die „Wehlauer Zeitung" bemängelt des weiteren, daß das Krankengeld nach dem ortsüblichen Tagelohn berechnet werde und daß es in den Wintermonaten auf die Hälfte herabgesetzt werden kann. Die Mehrheitsparteien in der Kommission und dann auch im Plenum haben den Ortslohn angenommen, einmal, weil auf die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger, insbesondere der Landkrankenkassen, Rücksicht zu nehmen ist, dann aber auch, weil der Ortslohn als fingierter Lohnsatz nicht zu entbehren ist für die Hausgewerbetreibenden und für die unständig Beschäftigten. In der Landwirtschaft liegen die Verhältnisse so, daß der Verdienst im Winter nicht so hoch ist wie in den Sommermonaten. Darauf beruht die Bestimmung, daß dementsprechend das Krankengeld herabgesetzt werden kann. Es läge sonst ein bequemer Anreiz zur Simulation vor. Das würde noch mehr der Fall sein für die Arbeiter, die im Sommer auswärts in anderen Berufszweigen einen höheren Verdienst haben, im Winter auf das Land zurückkommen und dann die Krankenkassen gewissermaßen belasten.

Als besonders schlimm wird von der „Wehlauer Zeitung" die Verwaltung der Landkrankenkassen hingestellt, da auf sie weder der Bauer, noch der landwirtschaftliche Arbeiter einen Einfluß haben. Das ist das übliche freisinnige Gerede über die Kreiskommunalverwaltung. Was die Landkrankenkassen speziell betrifft, so wählt der Kreistag den Vorstand und den Ausschuß der Kasse. Es sind zu wählen ein Drittel aus den Arbeitgebern und zwei Drittel aus den Versicherten. Die Beschlußfassung über die Höhe der Leistungen liegt somit in den Händen der Versicherten.

Die liberaldemokratische Behauptung, daß die Reichsversicherungsordnung den Großgrundbesitz bevorzuge, ist von dem nationalliberalen Abgeordneten Horn, der in der Industriegegend Reuß gewählt ist, und wohl schwerlich in den Verdacht einseitiger Vorliebe für den Großgrundbesitz kommen kann, von der Reichstagstribüne als völlig unberechtigt zurückgewiesen worden.

Aber das tut nichts: die Hetze geht fort!

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Zu der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft waren gestern bereits über 300 Delegierte von auswärts in Stuttgart eingetroffen. Der Vorstand der Gesellschaft trat zu einer Sitzung zusammen, die durch den Präsidenten Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg mit einer Ansprache eröffnet wurde.

Er gedachte zunächst der im letzten Jahre verstorbenen hervorragenden Mitglieder der Kolonialgesellschaft. In erster Reihe nannte er den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Grafen von Goetzen, der dem Vorstand bis zu seinem Tode angehört hatte. Auch in dem Oberleutnant a. D. Trost-Halensee habe der Vorstand ein langjähriges Mitglied verloren. Am 12. Februar sei das Ehrenmitglied Vizeadmiral a. D. Schleinitz verschieden. Weiter habe einer der ersten Kolonialpioniere und langjähriges Vorstandsmitglied am 4. Mai d. Js. die Augen geschlossen: Karl August Woermann. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Sodann teilte Herzog Johann Albrecht mit, daß die ihm anläßlich seiner Vermählung gewidmete Spende bezw. die daraus zu errichtende Stiftung die Genehmigung der mecklenburgischen Regierung erlangt hätte. Die Zinsen der Stiftung sind nach den Bestimmungen der Satzungen für koloniale Zwecke zu verwenden, und es bleibt dem Herzog für die Zeit seines Lebens die Verfügung über die Verwendung bewahrt. Der Präsident schloß:

Die heutige Tagesordnung enthält eine ganze Reihe von Anträgen und wichtigen Fragen, die Zeugnis davon ablegen, daß in den Abteilungen rege Anteilnahme an der Erforschung, Entwicklung und Förderung unseres Schutzgebietes herrscht. Der stille und nach außen hin geräuschlose Ausbau unserer Kolonien läßt diese aber nur zu leicht in den breiten Schichten der Bevölkerung in Vergessenheit geraten. Deshalb möchte ich an die Vorstände der Abteilungen die dringende Bitte richten, in der Werbetätigkeit nicht nachzulassen, sondern alle Kreise für unsere hohen Ziele zu gewinnen zu suchen. Trotz der bedeutenden Erhöhung der Miete für die Geschäftsräume ist es der Bureauverwaltung möglich gewesen, in dem Voranschlag für das laufende Jahr 9000 Mk. mehr für die Werbung einzusetzen, so daß die Hoffnung besteht, daß manche Erwartung der Abteilungen erfüllt werden kann und der Gesellschaft eine stattliche Zahl neuer Mitglieder zugeführt wird. (Lebhafter Beifall.)

Am Donnerstag abend fand im Stadtgartensaale zu Stuttgart für die Teilnehmer am Kolonialkongreß eine Festtafel statt, bei der Fürst Karl von Urach das Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Der kaiserliche Botschafter a. D. von Holleben brachte ein dreifaches Hurra auf den König von Württemberg aus.

Die Tagung des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands

Am Dienstag abend wurde der diesjährige Kongreß der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands in Leipzig durch einen Begrüßungsabend eröffnet, nachdem am Nachmittag eine geschlossene Ausschußsitzung des Gesamtvorstandes stattgefunden hatte. Die eigentlichen Verhandlungen nahmen Mittwoch morgen ihren Beginn unter Vorsitz des Pfarrers D. Weber aus München-Gladbach. Als Vertreter des Staatssekretärs Delbrück war erschienen Geheimer Oberregierungsrat Jaug; das sächsische Ministerium des Innern war durch Geheimrat Ayrer, das Landeskonsistorium durch Dr. von Criegern, die Universität durch Professor Renndorf vertreten. Begrüßungsschreiben waren vom Reichskanzler, von den Exzellenzen Delbrück, Sydow, Dallwitz, Trott zu Solz, Frhrn. von Berlepsch und von vielen anderen Seiten eingegangen. An den Kaiser und den König von Sachsen wurden Huldigungstelegramme gesandt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen ergriff Professor Dr. von Wenckstern das Wort zu seinem mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie.

Der Vortrag war von dem Glauben an die Zukunft der nationalen Arbeiterbewegung und ihrem endlichen Sieg über die Sozialdemokratie tief durchdrungen. Sodann berichtete der Vorsitzende von der Stellung der Evangelischen Arbeitervereine und ihrer Arbeit im vergangenen Jahre. Die Vereine ständen auf dem Boden einer gemäßigten Schutzzollpolitik, begrüßten die Bewährung des Kaligesetzes und bedauerten den mangelnden Aufschwung in der Textilindustrie, deren Hebung sie von der Schaffung einer Zentrale zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie erhofften. Mit Freude begrüße man das Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung, die bei manchem Mangel doch einen Fortschritt bedeute. Eine Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge im Reichsamt des Innern würde schon deswegen segensreich sein, um die Monopoltarifverträge einzelner Arbeitgeberorganisationen mit der freien Gewerkschaft unmöglich zu machen. Zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter seien im Reichstag bei dem Etat des Reichsgesundheitsamtes Resolutionen eingebracht worden, wobei zugleich die steigende Heilbehandlung seitens der Invalidenversicherung mit warmer Freude begrüßt werde. Auch an der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung hätten sich die Evangelischen Arbeitervereine durch ihr Mitarbeiten in der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz betätigt. So sei am Verbot der Nachtarbeit der in der Industrie beschäftigten Frauen in Dänemark, Spanien, Norwegen, Rußland, Türkei, Ostindien, Südafrika und in den australischen und kanadischen Kolonien gearbeitet worden; in gleicher Ausdehnung werde die Beseitigung der Nachtarbeit der Jugendlichen und die Festlegung eines Maximalarbeitstages erstrebt. In bezug auf die Wohlfahrtspflege sei auch seitens der Arbeitervereine die Veranstaltung der Internationalen Hygieneausstellung mit großer Freude begrüßt worden. Seitens der Vereine würden die gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen aufs eifrigste gefördert. Im Jahre 1909 gab es 693 Auskunftsstellen, von denen 1 423 293 Auskünfte erteilt und 367 261 Schriftsätze angefertigt wurden. Unter den 693 Auskunftsstellen waren 338 von Arbeitervereinen, davon 117 von katholischen, geschaffen worden. Erwähnt wird ferner die Stellung zur Gastwirtsreform,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191106092-17/fragment/page=0001

zum gemeinnützigen Arbeitsnachweis, zur städtischen Wohnungspolitik, zur Fürsorge für Säuglinge und Mutterschutz. Dann habe sich der Evangelische Arbeiterverein im vorigen Jahre besonders mit dem Problem der Jugendpflege beschäftigt; er habe soziale Ausbildungskurse und Diskussionsabende abgehalten und beschlossen, den Antrag zu stellen, beim Entwurf der Strafprozeßordnung den zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen Minderbemittelten eine Entschädigung aus der Staatskasse zu gewähren. Eine ganze Angahl Arbeitersekretäre seien seitens der Vereine angestellt worden. Auch die Arbeiterinnenvereine hätten sich ausgezeichnet entwickelt, ebenso die Jugendgruppen. Die verschiedenen Hilfskassen der Vereine hätten einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Zahl der Vereine ist im vergangenen Jahre gestiegen von 685 auf 761, die Mitgliederzahl von 107 400 auf 115 081. Im weiteren Verlauf beschäftigte man sich nach Entgegennahme des Kassenberichts mit internen Angelegenheiten. Die Tagung ist von ca. 250 Delegierten besucht.

Deutsches Reich.

* **Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.** Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten. Die Nachweise beziehen sich für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1910, für die Staatsrechnungen auf das Rechnungsjahr 1908. Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 5869 Millionen Mark (darunter außerordentliche 263), für das Reich 3032 (darunter außerordentliche 191). Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 5852, im Reich auf 3032 Millionen Mark (darunter außerordentliche aus Grundstock, Anlehen und sonstigen Staatsfonds 334 bezw. 191). Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Erwerbseinkünfte mit 2848 bezw. 3742 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 2082 bezw. 2718. Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reiches an Erwerbsanstalten mit 756 bezw. 872 Millionen Mark entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraph mit 640 bezw. 702 und die Eisenbahnen mit 106 bezw. 122. Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 726, Aufwandsteuern 108, Verkehrssteuern 105 und Erbschaftssteuern 30 Millionen Mark. Das Reich bezieht aus Zöllen 760, aus Aufwandsteuern 642, aus Verkehrssteuern 203 und aus der Erbschaftssteuer 34 Millionen Mark. Die Bundesstaaten besitzen an Domänen ein Areal von 770 109 ha, an Forsten 5 056 485 ha. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 54 003 km, im Reich 1875 km und ein Anlagekapital von 15 687, im Reich 810 Millionen Mark. Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1910 für die Bundesstaaten auf 14 729, darunter Preußen 8777; Bayern 2166, für das Reich auf 4557 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betragen insgesamt 1037 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich mit 340 und Preußen mit 645.

* **Die dreißigjährige Jubelfeier des Vereins für das** Deutschtum im Auslande. Die Festtagung des V. D. A. zu Koblenz begann am Dienstag morgen um 9 Uhr mit dem Vertretertage im „Stadthaus". Die Sitzung wurde von dem Vereinsvorsitzenden, Staatsminister z. D. von Hentig, geleitet.

Der vom Generalsekretär Geiser erstattete Jahresbericht zeigt den Verein in erfreulichem Aufschwung. Die Fortschritte im Jahre 1910 kennzeichnen sich dadurch, daß sein Mitgliederbestand sich um 2621 auf insgesamt 45 272 vermehrte. Die Zahl der Ortsgruppen wuchs durch 22 Neugründungen auf 327. Die Einnahmen sind auf 409 593,07 Mk. gestiegen. Die Summe der verteilten Unterstützungen hat sich gegen das Vorjahr um 46 986,81 Mark erhöht. Für die durch den großen Brand schwer geschädigte deutsche Schule in Valdivia wurde eine besondere Sammlung veranstaltet, die an 10 000 Mk. ergab. Sie belief sich im ganzen auf 197 727,02 Mk. Stiftungen und Vermächtnisse fielen dem Verein 1910 zu 16 500 Mk. Die Bilanz des Hauptvorstandes auf den 31. Dezember 1910 weist für den Hauptverein, ohne die Landesverbände und Ortsgruppen, ein Aktivvermögen von 283 702,90 Mk. aus. In der Sitzung wurde die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage des Studiums von Ausländern an deutschen Hochschulen beschlossen.

Für die nächstjährige Hauptversammlung wird der Verein einer Einladung seiner Ortsgruppe nach Lübeck Folge leisten. — Von den Beschlüssen des diesjährigen Vertretertages heben wir die nachfolgenden hervor: Bei der Fürsorge für die Deutschen in Amerika wurde betont, daß hier keine materielle Unterstützung in Frage komme, sondern daß hier nur die reichen Mittel der geistigen Kultur Deutschlands angewendet werden könnten. Professor Paszkowski führte aus, daß es in Amerika eine „German Society of America" gebe, die deutsche Dichter und Gelehrte gewinne, um in deutschen Vereinen Vorträge über deutsche Kultur halten zu lassen. In den letzten Jahren waren aus diesem Grunde Ludwig Fulda und Karl Hauptmann in Amerika, in diesem Jahre halten Rudolf Herzog und Professor Paszkowski Vorträge. — Es wurden dann ein deutsch-russischer und ein deutsch-bosnischer Ausschuß gegründet zur Hebung des Deutschtums in Rußland und Bosnien. Die Anstellung eines Kolonialdirektors ist in Aussicht genommen. Professor Paszkowski begründete einen Antrag zur Schaffung eines Stipendienfonds, dem der Name „Ernst v. Wildenbruch-Stiftung" gegeben werden soll. Mit Hilfe dieser Stiftung soll den Auslandsdeutschen, die in Deutschland ihren Studien obliegen, ihr Studium erleichtert werden. — In der Hauptversammlung überbrachte Professor Wenz-Jena dem Staatsminister v. Hentig die Ernennung zum Ehrendoktor der philosophischen Fakultät in Jena. Staatsminister v. Hentig gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereins und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Sprachenproblem in dem Zeitalter der Sprachkämpfe und des überall erwachten Nationalbewußtseins in den Staaten mit gemischter Bevölkerung zu einer friedlichen Staats- und Kulturgemeinschaft der einzelnen Volksstämme führen möchte. Hierauf schloß Dr. v. Hentig die Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Auslande.

* **Der angebliche Wahlrechungsversuch in Stralsund.** Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Zu dieser Angelegenheit schreibt die „Liberale Korrespondenz" u. a.: „An der Stralsunder Bestechungsaffäre ist nichts mehr aufzuklären. Sie steht absolut fest und läßt sich von dem konservativen Schuldkonto nicht abwischen. . . . . ." Der sozialdemokratische Reichstagskandidat für den Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen, Simon Katzenstein aus Charlottenburg, hat sogar inbezug auf meine unter der Ueberschrift „Keine Wahlbestechung in Stralsund" veröffentlichte Erklärung vom 13. Mai in Versammlungen und in der Presse behauptet, ich lüge.

Dieser Vorwurf ist ohne weiteres völlig hinfällig, da ich, was selbst sozialdemokratische Blätter hervorheben, 1907 im Wahlkreise nicht tätig war und aus eigener Wissenschaft nichts mitteilen kann, auch den — jetzt verstorbenen — Gastwirt Sepke nie kennen gelernt habe. Bei Beurteilung der Frage, ob das konservative Schuldkonto belastet ist, bin ich auf meine Ermittelungen angewiesen, deren Ergebnis folgendes ist:

1. Sepke hat in der Oeffentlichkeit — besonders auch in der konservativen Wahlversammlung am Abend vor der Stichwahl — stets entschieden bestritten, einen Bestechungsversuch unternommen zu haben.

2. Der damalige konservative Reichstagskandidat Kammerherr von Riepenhausen hat die ihm angedichtete Beteiligung an der Angelegenheit öffentlich als unwahr zurückgewiesen.

3. In einem „Offenen Briefe" an den freisinnigen Pastor J. Hehn in Greifswald vom 11. November vorigen Jahres habe ich in der Presse schon folgendes mitgeteilt:

„Die konservativen Organisationen des Wahlkreises Stralsund-Franzburg-Rügen haben zu keiner Zeit in Betracht gezogen, geschweige denn den Versuch gemacht, sich durch irgend eine Handlung der Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie zu versichern, also auch nicht durch ein Angebot von Geld. Sollte dies dennoch geschehen sein, so könnte es nur von privater Seite aus erfolgt sein. Die konservativen Organisationen weisen aber jeden von gegnerischer Seite etwa aus abgeleiteten Zusammenhang zwischen einem solchen Versuch und den konservativen Organisationen auf das entschiedenste als unwahr zurück."

4. Demgegenüber bleiben die Sozialdemokraten bei der Behauptung, daß sie das Sepkesche Angebot mit Zeugen beweisen könnten.

Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich für die konservative Organisation unmöglich, den Nachweis zu führen, daß der Gastwirt Sepke den Versuch nicht gemacht hat. Sollte Sepke wirklich einen solchen Schritt unternommen haben, so hat er sicherlich ganz auf eigene Faust gehandelt und vielleicht im Falle eines Erfolges auf nachträgliche Genehmigung gehofft. Eine solche Annahme auf Seiten des Herrn Sepke wäre allerdings eine ganz unsinnige gewesen, und es ist für uns Konservative überflüssig, daß wir uns dagegen noch besonders verwahren. Es kann sich auch keine Partei gegen den Uebereifer einzelner Parteigänger schützen.

Nach alledem hoffen Herr Simon Katzenstein und Genossen sowie seine liberalen Nachbeter vergeblich darauf, daß ich Ihnen die Freude mache, Herrn Katzenstein wegen eines Vorwurfes vor Gericht zu ziehen, der mich absolut nicht trifft.

Stralsund, den 2. Juni 1911.

Sachße,
Generalsekretär der konservativen Parteien von Vorpommern.

* **Bestrafung längerer Schulversäumnisse.** In einem Urteil vom 2. Januar d. Js. hat der I. Strafsenat des Kammergerichts entschieden, daß die Strafbestimmungen der Regierungsverordnungen über die Bestrafung von Schulversäumnissen anzuwenden sind, die für jeden Tag der Versäumnis eine Strafe festsetzen, auch wenn der Richter bei einer längeren, zusammenhängenden Schulversäumnis annimmt, daß eine fortgesetzte Straftat vorliege. Die für den einzelnen versäumten Tag angedrohte Höchststrafe darf also nicht zugleich die Höchststrafe für das fortgesetzte Delikt sein. Bedroht beispielsweise eine rechtsgültige Regierungsverordnung die Schulversäumnis für jeden Tag mit 20 Pfg. bis 3 Mk. Geldstrafe, so geniügt es bei einer 30tägigen Versäumnis nicht, diese als fortgesetzte Straftat zu betrachten und sie mit dem höchsten zulässigen Satze von 3 Mk. zu belegen, sondern es ist, auch wenn man eine fortgesetzte Straftat annimmt, die Strafe doch für jeden einzelnen Tag zu berechnen und für die 20 Tage auf mindestens 4 und höchstens 60 Mk. festzusetzen.

Ausland.

Die Lage in Albanien.

Nachdem gestern früh im Wiener „Fremdenblatt" die Auslassungen der österreichisch-ungarischen Regierung über das Vorgehen der Türkei in Albanien verlautbart wurden, schreibt jetzt die Wiener „Neue Freie Presse" zu derselben Frage:

Die türkische Politik hat in Albanien tatsächlich Fehler auf Fehler gehäuft, und der nächste Zufall kann aus der albanesischen Frage eine Balkanfrage und eine europäische Frage machen. Die österreichisch-ungarische Monarchie hat vor den Folgen dieser Politik gewarnt. Sie will die Erhaltung des jetzigen Besitzstandes und die Stärkung der Türkei; aber die Pforte schafft Situationen, welche die Politik der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes bedrohen. Jedenfalls können uns die Kämpfe in Albanien nicht gleichgiltig sein, noch weniger können wir teilnahmlos zusehen, wenn die Situation hart an den Grenzen sich zuspitzt und durch weitere Mißgriffe der Pforte sogar bedenklich werden könnte. Die Pforte muß rasch handeln, wenn sich aus den albanesischen Aufständen nicht schließlich eine Krise entwickeln soll.

Wie der „Neuen Freien Presse" sodann aus Belgrad gemeldet wird, ist in Djakow ein Aufstand ausgebrochen; in der Umgebung wüte zwischen Militär und Albanesen ein heftiger Kampf.

Die Demission des belgischen Kabinetts.

Das belgische Kabinett hat, wie gestern schon kurz telegraphisch gemeldet wurde, seine Entlassung gegeben. Der König hat die Demission angenommen. Eine andere Lösung der Krise, die durch die Beratung des Schulgesetzentwurfes ausgebrochen war, war nicht mehr möglich, nachdem am Mittwoch nachmittag in der Kammer der Führer der Altklerikalen, Woeste, das Ministerium im Stich gelassen hatte, indem er sich gegen eine Durchberatung des Gesetzentwurfs in einer Spezialkommission erklärte.

In der belgischen Deputiertenkammer verkündete gestern Ministerpräsident Schollaert die Demission des Kabinetts ohne Angabe der Gründe, worauf ihm die Rechte sofort eine stürmische Beifallskundgebung bereitete, an der sich der Führer der Altklerikalen, Woeste, nicht beteiligte. Dies gab der Linken zu ironischen Hochrufen auf Woeste Veranlassung. Darauf vertagte sich die Kammer bis nach der Ernennung des neuen Ministeriums, mit dessen Bildung der König den Präsidenten der Deputiertenkammer, Cooreman, beauftragte, dieser lehnte aber den Auftrag ab. Der König berief hierauf den Finanzminister Libaert des zurückgetretenen Ministeriums, von dem angenommen wird, daß er geneigt ist, ein neues Kabinett zu bilden. Die Liberalen und Sozialisten haben eine Kundgebung an das belgische Volk erlassen, in welcher der Sturz des Ministeriums als Sieg der Opposition gefeiert wird. — Die liberale belgische Presse, soweit sie sich schon äußert, feiert den Sturz des Ministeriums als einen Sieg der geeinigten liberalen und sozialistischen Parteien. Die klerikale Presse ist niedergeschlagen. „Lingtième Siecle" sagt, ein vom König in voller Freiheit gebilligter Gesetzentwurf falle einer Politik der Vorzimmer zum Opfer und den Drohungen der Opposition. Das offizielle „Journal de Bruxelles" lobt die Taten des Kabinetts Schollaert, wie die Angliederung des Kongostaates an Belgien und die Reform des Militärgesetzes durch Abschaffung des Systems der Stellvertretung und fügt hinzu: Das Kabinett falle nicht durch seine Gegner, es falle in einem Augenblick, in dem es einen Kampf begonnen habe, der noch lange nicht beendet war.

Zur Winzerbewegung in Frankreich.

Im französischen Ministerrat wurde am Donnerstag der Inhalt der Erklärungen festgesetzt, die der Finanzminister Caillaux abgeben soll für den Fall, daß sich die Kammer mit dem Vorschlage befassen sollte, die gegenwärtig bestehenden Gebietsabgrenzungen aufzuheben. Das Kabinett wird sich danach jedem Vorschlage dieser Art widersetzen und die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung würde sich aber damit einverstanden erklären, daß in Zukunft keine neuen Gebietsabgrenzungen mehr vorgenommen werden sollen.

Nach einer späteren Meldung aus Paris brachte gestern in der Kammer der Abgeordnete des Departements Aube, Paul Meunier, den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, die Bekanntmachung des Dekrets über die Abgrenzung des Weinbaugebietes der Champagne zu verschieben. Finanzminister Caillaux bekämpfte den Antrag Meunier. Die Regierung werde ein dehnbareres Regime studieren, das Konflikten zwischen den verschiedenen Teilen des Landes vorbeuge, sie werde aber nicht eine Beseitigung der Abgrenzungen ins Auge fassen, so lange die Kammer nicht ein Regime angenommen habe, das den Weinbauern gleiche Sicherheit biete. Die Regierung nehme die einfache Tagesordnung an, die die Achtung vor dem Gesetz bedeute. Die einfache Tagesordnung wurde schließlich angenommen und die Sitzung geschlossen.

Das Amtsblatt wird heute ein Dekret veröffentlichen, das die Bezeichnung Champagner den Weinen vorbehält, die aus den bereits abgegrenzten Gebieten der Champagne stammen, und das ein mit Champagne zweiter Zone bezeichnetes Gebiet schafft, das den größten Teil des Departements Aube, einen Teil der Departements Marne, Haute Marne und Seine-et-Marne umfaßt. Die Bezeichnung Champagner zweiter Zone wird den Weinen vorbehalten, die in dieser Gegend geerntet werden, und den Weinen, die durch Mischung der Gewächse der Champagne und der Champagne zweiter Zone hergestellt werden. Die Etikette, Verpackungen und Behälter der Weine zweiter Zone müssen die Aufschrift tragen: Champagner zweiter Zone.

Bei Redaktionsschluß wird noch aus Bar sur Aube gemeldet: In der hiesigen Gegend dauert die Erregung fort. In Lignol entfernten Gendarmen von einem Brunnen eine Inschrift in roter Farbe: „Dir, Wilhelm, die Hügel der Champagne, weil die Republik sie nicht will."

*

Schwierigkeiten des holländischen Kabinetts. Trotz der Erklärung des Präsidenten der holländischen Kammer, die Regierung lege den größten Wert darauf, daß die Novelle zum Militärgesetz noch im Sommer zu Ende beraten würde, nahm das Haus einen Antrag an, den Entwurf in dieser Session nicht mehr zu beraten.

Der türkische Sultan in Saloniki. Die Landung des Sultans und seine Fahrt nach dem Regierungsgebäude vollzog sich ohne Zwischenfall. Die Fahrt durch die Stadt gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Eine unabsehbare Volksmenge bereitete dem Sultan stürmische Ovationen. Die Pracht des kaiserlichen Zuges machte großen Eindruck auf die Massen. Der Sultan war über die Huldigung sichtlich erfreut; er gedachte am gestrigen Nachmittag die fremden Konsuln zu empfangen, dann aber den Konak nicht mehr zu verlassen. Der Sultan beauftragte bald nach seiner Ankunft seinen ersten Sekretär, sich zu Abdul Hamid zu begeben und ihm seine Grüße zu überbringen.

Die Union und Kanada. Der Finanzausschuß des Senats der Union hat den Bericht über den Gegenseitigkeitsvertrag mit Kanada mit einem Zusatzantrag angenommen, nach welchem die freie Einfuhr von kanadischen Holzstoffen zur Papierfabrikation verlagt wird, bis die diesem Artikel auferlegten kanadischen Ausfuhrbeschränkungen aufgehoben sind.

Die Luftschiffahrt.

Für deutsche Flüge.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte für den deutschen Dauerflug 1911/12 50 000 Mark und für den deutschen Rundflug 1911 um den B. Z. Preis zu Ehrenpreisen 5000 Mark.

Die Flugplatzweihe in Weimar.

In Anwesenheit des Großherzogs sowie des Herzogs und der Herzogin von Sachsen-Altenburg wurde gestern die Einweihung der Flugplatzanlagen in Weimar vollzogen.

Tödlicher Sturz eines Fliegers.

Man meldet aus Rom, 8. Juni: Der Flieger Raimondo Marra, der heute nachmittag zum Ausscheidungsrennen für den Tiber-Rundflug aufgestiegen war, stürzte 3 Kilometer vom Flugplatz entfernt herab, anscheinend infolge einer Explosion des Motors. Marra starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Aus Nah und Fern.

Taufe einer Prinzessin. Am Donnerstag mittag um 1 Uhr wurde im Palais des Prinzen Albrecht zu Berlin die Tochter des Prinzen Friedrich Wilhelm und seiner Gemahlin geb. Prinzessin von Ratibor getauft. Zugegen waren der Kaiser, die Kaiserin und die in Berlin anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses sowie die Herzoglich Ratiborsche Familie. Oberhofprediger Dryander vollzog die heilige Handlung. An die Taufe schloß sich ein Frühstück.

Zu den Gerüchten über eine bevorstehende Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Wieder einmal beging eine Berliner Korrespondenz die grobe Ungehörigkeit, völlig aus der Luft gegriffene Gerüchte über eine bevorstehende Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise, und zwar mit dem Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, zu verbreiten.

Das Erdbeben in Mexiko hat auch außerhalb der Hauptstadt in den verschiedenen Teilen Mexikos Verheerungen angerichtet, so in Zapotlan, wo viele Menschen umgekommen und viele obdachlos sind. Zu den Orten, die besonders schwer unter dem Erdbeben gelitten haben, zählen auch Zonila und San Andrés. Zahlreiche Menschenopfer sind zu beklagen; Tausende sind obdachlos. Der Vulkan Colima befindet sich in Tätigkeit.

Schwere Unwetter und Erdbeben. Man meldet aus Tiflis: Der Terek ist über seine Ufer getreten und hat große Verheerungen angerichtet. Im Kaukasus herrscht ungewöhnlich kaltes Wetter mit Schneefällen. In Schemacha wurde gestern früh gegen 8 Uhr ein starkes Erdbeben wahrgenommen, welches sich vom Westen nach Osten bewegte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191106092-17/fragment/page=0002

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage auf Ankauf eines großen Teiles des Exerzierplatzes an der Schönhauser Allee für 6,5 Millionen an.

Verhängnisvolle Eisenbahnkatastrophe. Auf dem Bahnhof von Angleur stieß ein Lokalzug mit leeren Wagen zusammen. Der Zug entgleiste. 32 Personen wurden verletzt, darunter mehrere schwer.

Die Cholera. Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet aus Triest: Hier traf die Meldung ein, daß in zwei italienischen Orten nahe der Tiroler Grenze je ein Cholerafall vorgekommen ist. In Trient wurde der Verkauf von Seefischen aus Italien aus sanitären Gründen verboten. Für Reisende, welche aus Italien kommen, wurde eine fünftägige Quarantäne an der Tiroler Grenze vorgesehen.

Die Pest auf Java. In der vergangenen Woche sind auf Java 57 Erkrankungen an Pest, darunter ein Fall von Lungenpest, und 55 Todesfälle festgestellt worden.

Das Landgericht München I verurteilte den Kunsthändler Emil Becker, der in Gemeinschaft mit dem Amerikaner Elordny den Frankfurter Juwelier Koch um Juwelen im Werte von 154 600 Mark betrog, indem er einen falschen Scheck ausstellte und dann flüchtete, zu fünf Jahren Zuchthaus und 2100 Mark Geldstrafe wegen vier verübter Verbrechen im Rückfall.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Althaldensleben,** 8. Juni. (Neue Bahn?) Die Leipziger Baufirma, die eine Eisenbahnverbindung Behnsdorf—Helmstedt plant und mit den Vorarbeiten begonnen hat, plant auch eine Verbindung Alvensleben—Dönstedt—Neuhaldensleben, die die Ortschaften Dönstedt, Hundisburg und Althaldensleben berühren soll. Die Vorarbeiten werden in den nächsten Tagen in Angriff genommen.

— **Eilenburg,** 8. Juni. (Brände.) In dem Herrenkonfektionsgeschäft von Max Wehle Nachf., Inhaber Bernhard Jackson, entstand ein Brand, der einen beträchtlichen Schaden an den aufgestapelten Waren verursachte. Außerdem brannte der Weidenheger hinter der Deutschen Zelluloidfabrik nieder.

— **Kleinkayna,** 8. Juni. (Ein bedauernswerter Unglücksfall) hat sich vorgestern in dem Grundstück des Landwirts Oswald Bohland hier ereignet. Beim Anspannen der Pferde wurde plötzlich eins der Tiere scheu. Im rasenden Trabe ging es über den Hof hinweg, wobei die Ehefrau des B. am Fuße und Kopfe verletzt wurde. Arg zugerichtet wurde auch der Schwiegervater des Besitzers. Besinnungslos mußte er in das Haus getragen werden, erholte sich aber bald wieder. Von einer Ueberführung der Verletzten in ein Krankenhaus konnte abgesehen werden.

— **Großosterhausen,** 8. Juni. (Fündig geworden.) Vorige Woche ist die Mansfeldsche Gewerkschaft hier fündig geworden. In einer Tiefe von 1049 Metern erst ist das Flöz angebohrt worden. Es hat eine Stärke von 40 Zentimetern. Selbst wenn im Laboratorium die Gültigkeit der Schiefern nachgewiesen wird, ist es fraglich, ob dort ein Schacht eingebaut wird. Bei den gegenwärtigen Kupferpreisen ist die Förderung aus solcher Tiefe nicht lohnend.

— **Sangerhausen,** 8. Juni. (Der Schweinemarkt) wird für die Folge, da die Seuche als erloschen gilt, wiederum auf dem Marktplatze abgehalten werden.

— **Hohenleina,** 8. Juni. (Vorsicht mit elektrischen Leitungen.) Hier war die im Bau befindliche elektrische Leitung, um ein Abschneiden des Drahtes zu verhindern, während der Feiertage mit schwachem Strom gespeist. Halbwegs Hohenleina-Priester, an der Straße nach Eilenburg, versuchten einige Schulknaben, worunter sich auch der Sohn des Maurers Hitzberg befand, an einem eisernen Mast hinaufzuklettern. Hitzberg muß, oben angelangt, den Drähten zu nahe gekommen sein; denn er stürzte plötzlich, vom Strom getroffen, zur Erde. Anscheinend hat der Knabe mehrere Knochenbrüche sowie auch einen Schädelbruch davongetragen.

Treffurt (Werra), 8. Juni. (Die feierliche Eröffnung der neuen Bahnstrecke) Mühlhausen—Obereichsfeld—Treffurt findet am 30. Juni d. Js. statt. Zu der Feier werden der Eisenbahnminister und der Regierungspräsident aus Erfurt erwartet.

Kongresse und Ausstellungen.

Die neunte Generalversammlung des preußischen Rektorenvereins fand am 5., 6. und 7. Juni in Berlin statt. Der Verein zählt gegenwärtig über 2000 Mitglieder. Die neunte Tagung begann mit Verhandlungen der Delegierten. Zu den Klagen über Unzulänglichkeit der Amtszulage wurde folgende Resolution angenommen: „Die Vertreterversammlung des preußischen Rektorenvereins findet die niedrige Bemessung der Amtszulage an vielen Orten der Monarchie nicht dem Sinne des Gesetzes entsprechend und ersucht den Vorstand, beim Unterrichtsministerium dahin zu wirken, daß Anordnungen für die nachgeordneten Behörden erlassen werden, die eine dem Sinne des Gesetzes entsprechende Erhöhung der Amtszulage für die einzelnen Rektorstellen zu bewirken geeignet sind." Ferner wurde folgende Resolution angenommen: „Der Zentralvorstand wolle beantragen, daß zur Sicherung des achtjährigen Schulbesuches allgemeine Bestimmungen erlassen werden über die Aufnahme und Entlassung der Volksschüler." Auch zu dem Beschluß des Abgeordnetenhauses in betreff der Sicherstellung des geistlichen Einflusses auf die Schüler auch da, wo Rektorate zur Einführung gelangen, wurde Stellung genommen. — In der Hauptversammlung sprach über „Die Fürsorge für die schulentlassene Jugend" Rektor Pagel. Die Versammlung erhob nachstehenden Antrag zum Beschluß: „Die neunte Generalversammlung des preußischen Rektorenvereins ist durchdrungen von der Notwendigkeit sowie der hohen wirtschaftlichen und nationalen Bedeutung einer zeitgemäßen Fürsorge für die schulentlassene Jugend, die auf der Grundlage einer tüchtigen Berufsbildung und einer zweckmäßig organisierten Jugendpflege beruht. Diese Aufgabe ist als eine der allerwichtigsten neuzeitlichen Erziehungsfragen nur durch harmonisches Zusammenwirken aller Volksschichten mit den Staats- und Gemeindebehörden zu lösen. Ueberzeugt, daß die berufenen Erzieher hierbei in den vordersten Reihen stehen müssen, gibt die Versammlung der festen Hoffnung Ausdruck, daß alle Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen bestrebt sein werden, im Verein mit Behörden und Vertretern aller Stände durch Bildung von „Lehrstellen-Nachweisen" und „Jugendklubs" an der Förderung der schulentlassenen Jugend, auf der die Zukunft unseres Volkes ruht, in tatkräftiger Weise mitzuwirken." Der folgende Vortrag betraf das Thema: „Die Stellung des Rektoramtes im Volksschulaufsichtsdienst." Den Vortrag hielt Rektor Schlegel.

Sport und Jagd.

— **Rennen zu Hoppegarten,** 8. Juni. Xamete-Preis. 5000 Mk. 1. Gest. Graditz' Livadia, 2. Peleas, 3. Colleoni. Tot.: 30 : 10. Platz: 13, 14, 14 : 10. — Ordonnanz-Rennen. 5000 Mk. 1. Dr. Lemckes Apache, 2. Sturmwind, 3. Bluff. Tot.: 18 : 10. Platz: 15, 33, 48 : 10. — Veilchen-Handicap. 13 000 Mk. 1. Utzschneiders Cairo, 2. Taftjeh, 3. Germanda I. Tot.: 21 : 10. Platz: 12, 20, 14 : 10. — Geranium-Preis. 3800 Mk. 1. Pakheisers Dora, 2. Herzegowina, 3. Ghislaine. Tot.: 31 : 10. Platz: 19, 38 : 10. — Holländer Rennen. 7300 Mk. 1. Gest. Graditz' Lombardei, 2. Werra II, 3. Carthago. Tot.: 27 : 10. Platz: 17, 14 : 10. — The Palmer-Preis. 6200 Mk. 1. Südpol mit Walzerträumer totes Rennen, 3. Ruth. Tot.: Südpol 32/21, Walzerträumer 51/34. Südpol 24 : 10. — Hutschachtel-Rennen. 5000 Mk. 1. v. Schmieders Tiefland, 2. Novelle, 3. Steineiche. Tot.: 150 : 10. Platz: 44, 16 : 10.

Schiffsbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 8. Juni. Angekommen: „Otter" am 7. Juni in Hankau, „Loreley" am 8. Juni in Modania, „Grille" am 7. Juni in Warnemünde. Abgegangen: „Iltis" am 8. Juni von Hankau, „Vineta" am 7. Juni von Kiel nach Balholmen, „Kaiser Wilhelm II." am 6. Juni von Kiel nach Norwegen, „Grille" am 8. Juni von Warnemünde nach Saßnitz, das I. Geschwader am 7. Juni von Wilhelmshaven nach Helgoland zu Einzelübungen.

Letzte Telegramme.

Zum Befinden des Prinzen Joachim.

Berlin, 9. Juni. Die Ueberführung des Prinzen Joachim vom Kabinettshause in Potsdam nach dem Neuen Palais hat gestern abend in einem Krankenwagen des Königlichen Marstalls stattgefunden. Die Kaiserin hatte persönlich die vorsorglichsten Anordnungen getroffen.

Die Heide- und Moorbrände.

Hamburg, 9. Juni. Die Heidebrände sind noch immer nicht gelöscht. Vor allem brennt noch die Lentföhrder Heide. Ein großer Moorbrand brach in Ahrenlohe aus. Ein weiterer wird aus Sorgensen gemeldet.

Brand eines Kurhotels.

Honnef, 9. Juni. Das Kurhotel in Rhöndorf ist gestern früh fast vollständig niedergebrannt. Infolge von Unvorsichtigkeit fiel in einer Mädchenkammer eine brennende Petroleumlampe um. Das Mädchen konnte den entstandenen Brand nicht löschen, der bald den ganzen Dachstuhl ergriff und sich auf das Treppenhaus fortpflanzte, das in kurzer Zeit ausgebrannt war. Nur mit großer Mühe war es noch vorher dem Besitzer und einem Herrn gelungen, die noch im Schlaf liegenden Damen und Kinder über das schon lichterloh brennende Treppenhaus ins Freie zu retten. Außer dem Dienstmädchen und dem Herrn, der sich bei den Rettungsarbeiten leichtere Brandwunden zuzog, ist niemand verletzt worden.

Zerstörung von Telegraphendrähten durch Dynamit.

Paris, 9. Juni. In der vergangenen Nacht sind an der Westbahnlinie in der Nähe der Kriegsschule von St. Cyr vier Telegraphenstangen mit 47 Drähten durch Dynamit zerstört worden. In Armantières wurden nachts 50 Telephon- und Telegraphendrähte zerschnitten.

Börsen- und Handelsteil.

Der Saatenstand im Reiche

Anfang Juni beträgt, wenn 2 gut und 3 mittel bedeutet, in Winterweizen 2,5; Sommerweizen 2,6; Winterspelz 2,5; Winterroggen 2,7; Sommerroggen 2,5; Sommergerste 2,4; Hafer 2,6; Kartoffeln 2,6; Klee 2,9; Luzerne 2,8; Bewässerungswiesen 2,1; andere Wiesen 2,8.

Der erste Berliner Terminhandel in Kupfer.

Zum ersten Male fand am Donnerstag der offizielle Terminhandel in Kupfer an der Berliner Börse statt. Das Geschäft war bei fester Tendenz und angesichts der Neuerung ziemlich lebhaft zu nennen. Gehandelt wurde September-Lieferung 114,25 ℳ pro 100 Kilogramm, wobei jeder Terminschluß mindestens 10 Tonnen umfaßt, Oktober 114,25—114,75 ℳ, November 115,25 ℳ, Dezember 115,75 ℳ, April 1912 117,50 ℳ, Mai 117,,75 ℳ.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg,** 8. Juni. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, stetig, englischer und Sommer- gut 201—205 ℳ, Kolben Sommer- gut — bis — ℳ, Rauhweizen gut —— ℳ. — Roggen, unv., inländ. gut 170—173 ℳ. — Gerste, fest, hiesige Chevaliergerste gut ——— ℳ, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut — bis — ℳ, ausländische Futtergerste, still, gut 134—137 ℳ. — Hafer fest, inländ. gut 182—187 ℳ. — Mais, fest, runder gut 145—157 ℳ, amerikan. bunter gut 140—144 ℳ.

— **Berlin.** 8. Juni. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg. Märkischer 204—206 ℳ ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im Juni —,— ℳ, Abn. im Juli 206,00—205,50—206,00 ℳ, im Septbr. 197,50—198,00 ℳ, Abnahme im Okt. 197,50—198,00 ℳ, im Dez. 198,50—198,75 ℳ Tendenz: behauptet. — Roggen für 1000 kg. Inländischer 167,50 ℳ ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abn. im Juni —,— ℳ, im Juli 167,75—166,50—167,25—166,75 ℳ, im Septbr. 165,75—165,00—165,25 ℳ, im Okt. 165,75—166,25 ℳ, im Dez. 165,75—166,00 ℳ Tendenz: matt. — Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abn. Juni — ℳ, Juli 166,50—166,75—166,50 ℳ, im Sept. 162,00—161,75 ℳ, im Oktober 162,75—161,75 ℳ. Tendenz: ruhig. — Mais per 1000 kg. Abn. im Juli —,— ℳ Tendenz: geschäftslos. — Weizenmehl per 100 kg brutto einschließlich Sack: Nr. 00 25,25—27,50 ℳ, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: ruhig. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: 21,80—23,60 ℳ, im Juni —,— ℳ, im Juli —,— ℳ, im September —,— ℳ. Tendenz: ruhig. — Rüböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im Oktober 60,80 ℳ. Tendenz: fest.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 8. Juni. Weizen loko 204,00—206,00 ℳ ab Bahn und frei Wagen, Juli —,— ℳ, Septbr. —,— bis —,— ℳ, Oktober —,— ℳ. — Roggen loko 167,50—168,50 ℳ ab Bahn und frei Wagen, im Abnahme im Juli —,— bis —,— ℳ, Abn. im Oktober 166,00 ℳ. — Gerste, leichte inländische Futtergerste 156,00—168,00 ℳ, schwere do. 169,00—184,00 ℳ, russische und Donau leichte 137,00 bis 143 ℳ, do. schwere 144—154 ℳ ab Wagen und ab Bahn. — Hafer, märk, meckl., pomm., pos., schles. fein 186—192, do. mittel 182—185, do. gering 178—181, russischer feiner ———, mittel 174—179 ℳ, gering 167—173 ℳ ab Wagen und ab Bahn. — Mais, amerikan. mixed alter 155—158 ℳ, do. neuer ———ℳ, abfallender 133—143 ℳ, runder guter 152—156 ℳ, abfallender 136 bis 143 ℳ frei Wagen. — Erbsen, inländ. Futterware, mittel 159—165 ℳ, russische do. 159—165 ℳ, feine Taubenerbsen mittel 159—165 ℳ, Viktoriaerbsen 166—182 ℳ, Kocherbsen ——— ℳ frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 25,25—27,50 ℳ. Roggenmehl 0 u. 1 loko beste Marke 23,80 ℳ. Weizenkleie grobe 9,80—10,70 ℳ, feine 9,80 bis 10,70 ℳ. Roggenkleie 10,50—11,50 ℳ Bohnen —— bis —— ℳ. Linsen ——— ℳ

L. Weltmarkt. Berlin. 8. Juni. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Juli 206,00, Sept. 198,00. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 153,25, Juli 151,50 Chicago Northern I Spring, Juli 142,40, Sept. 138,95. Liverpool Red Winter Nr. 2 Juli 153,80. Paris Lieferungsware Juni —,—. Budapest Lieferungsware Oktbr. 194,50. Odessa Ulka 9²⁵/₃₀ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 138,35. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Juli 166,75, Sept. 165,25. Odessa 9¹⁰/₁₅ einschl. Bordospesen loko 105,40. Hafer: Berlin 450 gr. Juli 166,50, Sept. 161,75. Mais: Berlin Lieferungsware Juli —,—. Newyork mixed Juli 102,15. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei —,—.

L. Hamburg, 8. Juni. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I Duluth Juni/Juli 216½ ℳ, Manitoba Juni/Juli Nr. III 217 ℳ, Nr. IV 210½ ℳ, Rosafé 78 kg Juni/Juli 210½ ℳ, Baruso 79 kg Juni/Juli 208 ℳ, Austral. schwim. 220 ℳ, Choice White Karachi Juni 207 ℳ, Nordr. Juni 76/77 kg 207½ ℳ, 77/78 kg 208½ ℳ, Ulka Juni 9 Pud 35 207½ ℳ, 10 Pud 208½ ℳ — Roggen: Südruss. 9 Pud 15/20 prompt 165 ℳ — Futtergerste: Südr. 58/59 kg schw. 128½ ℳ, Mai 128¾ ℳ, Juni 128¾ ℳ, Juli 129 ℳ, Aug./Okt. 122 ℳ — Hafer: Nordr. 50/51 kg Juni/Juli 165½ ℳ, La Plata 48/49 kg Juni/Juli 160 ℳ — Mais: Mixed Juli/Aug. 138½ ℳ, Aug./Sept. 139½ ℳ, Odessa prompt 132 ℳ, Donau-Bulg. Mai/Juni 137 ℳ

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg,** 8. Juni. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 20,75—21,25 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin,** 8. Juni. Kartoffelstärke 21,00—21,50 Mk., Kartoffelmehl 21,00—21,50 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg,** 8. Juni. Spiritus ruhig. Juni 17½ G., Juni-Juli 17½ G., Juli-August 17½ G.

— **Paris,** 8. Juni. Spiritus ruhig, Juni 61,50, Juli 62,25, Juli-August 62,50, Septbr.-Dezbr. 49,00.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 8. Juni. Rüböl loko 64,50, Oktober 63,00.

— **Hamburg,** 8. Juni. Rüböl ruhig, loko verzollt 62,50.

— **Amsterdam,** 8. Juni. Leinöl flau, loko —, Juli 44⅝, Juli-August 43¾, Septbr.-Dezbr. —.

— **Paris,** 8. Juni. Rüböl matt, Juni 66,00, Juli 66,50, Juli-August 66,75, Septbr.-Dezbr. 67,00.

— **Pest,** 8. Juni. Kohlraps stetig, August 14,00.

Zucker.

W. Hamburg, 8. Juni. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Juni 10,62½, per Juli 10,67½, per August 10,75, per Oktober-Dezember 9,92½, per Januar-März 10,02½, per Mai 10,17½. Tendenz: matt.

W. London, 8. Juni. Rüben-Rohzucker 88 % Juni 10 sh. 8 d. Wert, stetig. Java-Zucker 96 % prompt 11 sh. 3 d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 8. Juni. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Sept. 55¾ G., Dez. 54¾ G., März 54¾ G., Mai 54½ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam,** 8. Juni. Java-Kaffee. good ordinary, behauptet, loko 57.

— **Havre,** 8. Juni. Kaffee. Good average Santos Sept. 68,00, Dezbr. 67,25, März 67,00, Mai 66,75. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 7. Juni. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 8000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 8. Juni. Baumwolle, matt. Upland middling loko 80¼ Pfg.

— **Antwerpen,** 8. Juni. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Juni 5,92½ Käufer, Januar 5,60 Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool,** 8. Juni. Baumwolle. Umsatz 2000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Träge.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni 8,11, per Juni-Juli 7,99, per Juli-August 7,94, per Aug.-Sept. 7,66, per Sept.-Okt. 7,30, per Okt.-Nov. 7,15, per Nov.-Dez. 7,09, per Dez.-Jan. 7,07, per Jan.-Febr. 7,07, per Febr.-März 7,08.

Petroleum.

— **Hamburg,** 8. Juni. Petroleum fest. Amerik. spez Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam,** 8. Juni. Bancazinn behauptet, loko 121.

— **London,** 8. Juni. Blei, span. 13³/₁₆ Lstrl., engl. 13½ Lstrl., Zinn 212 Lstrl., Zink 24½ Lstrl., Chili-Kupfer 55⅝ Lstrl., 3 Monate 56³/₁₆ Lstrl.

— **Glasgow,** 8. Juni. (Schlußbericht.) Roheisen träge Middlesborough Warrants III 45 sh. 11½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig,** 8. Juni. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 166 Rinder, und zwar 34 Ochsen, 9 Kalben, 69 Kühe, 54 Bullen, 645 Kälber, 129 Stück Schafvieh, 1738 Schweine, und zwar 1738 deutsche; zus. 2678 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 84, III. 74, IV. 64 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. 85, III. 76, IV. 65, V. 55 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 84, II. 81, III. 78 ℳ für 50 kg Lebendgew. Kälber: I. 64, II. 59, III. 46, IV. — ℳ für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 43, II. 40, III. — ℳ für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 59, II. 56, III. 53, IV. 46 ℳ für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 164 Rinder, und zwar 33 Ochsen, 9 Kalben, 68 Kühe, 54 Bullen; 645 Kälber, 129 Schafe, 1735 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Kälber, Schafe, Schweine mittel.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 8. Juni. Roter Winter-Weizen loko 98, per Juni ——, per Juli 97¼, per Sept. 95⅛, per Dez. ——. Mais per Juli 62⅜, per Sept. 62½, per Dez. ——. Mehl 3,85. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 8. Juni. Weizen per Juli 91⅜, per Sept. 89⅜. Mais per Mai 55⅛.

W. New-York, 8. Juni. Petroleum Standard white in New-York 7,25, do. in Philadelphia 7,25, do. in Refined Cases 8,75, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. New-York, 8. Juni. Schmalz Westernsteam 8,50, Rohe und Brothers 8,65.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

Straußfurt 7. Juni + 0,95, 8. Juni + 0.90. Grochlitz + 0,94, + 0.90. Nebra Obp. + 1.96, + 1.96. Nebra Untp. + 1.26, + 1.28. Brückenp. + 0,74. + 0.76. Kösen + 0.76, + 0.74. Weißenfels Untp. + 0.14, + 0.06. Trotha + 1.70, + 1.70. Alsleben + 1.25, + 1,21. Bernburg + 0.98, + 0.88. Calbe Obp. + 1.45, + 1.44. Calbe Utp. + 0.36, + 0.32. Grizehne + 0.49, + 0.44.

— Wasserwärme der Saale, mitgeteilt vom Florabad, 9. Juni: 21 ° C.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Verwerke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.** Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191106092-17/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1 1.Jan. | *4* 1.Apr. | *7* 1.Juli | *O* 1.Okt. | *a* 1.1.7. | *d* 1.4.10. | *g* 15.3.9. | *k* 15.6.12. | *q* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr. | *5* 1.Mai | *8* 1.Aug. | *N* 1.Nov. | *b* 1.2.8. | *e* 1.5.11. | *h* 15.4.10. | *l* 11.6.12. | *q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz. | *6* 1.Juni | *9* 1.Spt. | *D* 1.Dez. | *c* 1.3.9. | *f* 1.6.12. | *i* 15.5.11. | *v* versch. | *q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 8. Juni 1911

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Latrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅛%.
▲ bedeutet einschliesslich Dividende. Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.			
Dt.Rchs.Sch.	*d*	4	100.25B
do. 1.4.12	*d*	4	100.40G
do. 1.7.12	*a*	4	100.40G
Fr.Schatz 12	*a*	4	100.50B
do. 13	*d*	4	100.60bB
Dt.Rchs.-Anl	*v*	3½	93.80bB
do. do.	*v*	4	102.20b
do. do.	*v*	3	84.00b

Wiesb79/83	*v*	3½	95.50G
Worms 01	*a*	4	100.00G
Deutsche Pfandbriefe			
Berlin.Pfdb.	*a*	5	—.—
do. do.	*a*	4½	105.70B
do. do.	*a*	4	107.00G
do. do.	*a*	3½	98.50G
do. neue	*a*	4	100.70G
do. do.	*a*	3½	91.20G
do. do.	*a*	3	82.20b

Türk.unif.03	*c*	4	93.90bB
do. do. 05	*c*	4	86.40bG
do. do. 08	*a*	4	86.40G
do. (Zoll) 11	*a*	4	86.75bG
do. 400Fr.L.	—	frc.	175.60b
Ung. Goldrt.	*a*	4	—.—
do. kleine	*a*	4	94.25G
do.Kronenrt.	*f*	4	—.—
do. kleine	*f*	4	91.30G
do.St.Rnt.10	*c*	4	92.75bG

Orel-Gr. 89	*d*	4	91.40G
Süd-Westb.	*a*	4	90.70b
Transkauk.	*k*	3	80.00bG
Koslow Wor.	*d*	4	90.60bG
Kursk-Kiew	*b*	4	91.70bG
Lodz. Fabr.B	*a*	4	91.00B
Moskau Kas.	*a*	4½	98.40bG
do. do.	*a*	4	91.80G
do.KiewWor.	*a*	4½	98.40bG
do. do.	*d*	4	91.00bG

Pr.Hyp.AB19	*v*	4	100.00G
Pr.Komm.Ob	*a*	4	100.50G
do. do. 1909	*a*	4	101.25G
do.Hyp.Vers	*d*	4	98.50G
do. do.	*v*	3½	94.50G
PrPfdbBXXII	*a*	4	99.10bG
do. XVIII-XXI	*v*	4	98.75bG
do. XXV (14)	*d*	4	99.10bG
do XXVII(15)	*d*	4	99.60G
doXXVIII(17)	*d*	4	99.75bG

PhönixBgw.3	*d*	4½	104.00bB
Rh.Ant.Khl. 2	*a*	*4	95.50G
RhMet 105rz	*d*	4	92.75G
RhWstfElkt 2	*d*	4	95.10G
do. 2	*d*	4½	101.75bG
de. Kalk 5	*a*	*4	—.—
Romb.Hütt. 3	*a*	*4½	103.25b
Rybn.Steink.	*a*	*4½	101.25G
Sächs.El.L.5	*i*	4½	103.10G
Sauerbrey 3	*a*	*4½	100.00bG

Drtm. Unions	*O*	20	369.75bG
do. Victoria	*O*	5	117.50bG
Düsseld Adler	*O*	5	100.00bG
do. Höfelbr.	*O*	8½	168.25bG
Frankf. Henn	*O*	7	139.10bG
Germn.Drtm.	*O*	8	154.00G
Gevelsberg.	*O*	5	102.80G
Glückauf	*O*	8	139.60G
Henning. Rfb	*O*	3	79.00B
Herkul.Cass.	*O*	9	173.90B

Dt. Babcock	*O*	9½	167.00G
ade.Lx.Bw.V.	*7*	11	190.70G
de.Nied.Tel.	*1*	6½	118.00bG
do. Oest. Bw.	*1*	11	235.00G
do. Ostaf.Gs.	*1*	6	172.75G
de.Ueb.El.G.	*1*	10	184.40bG
do.Asph.Ges	*1*	10	147.50G
de.Gasglühl.	*7*	50	775.00bG
do.Jute i.Ms.	*1*	20	310.00bG
de.Kabelwk.	*1*	8	141.50G

Kgsb Walzm.	*1*	8	136.75b
do. Zellst.	*4*	20	308.25b
Königsborn	*1*	12	207.25bG
KönigszeltP	*7*	6	164.75G
Körbisd.Zck.	*4*	10½	170.00bG
Gbr. Körting	*1*	8	139.60bG
Körting's El.	*4*	7	134.50G
Kosth. Cell.	*1*	14	221.90b
Kronpr. Met.	*1*	27	348.25b
Gb.Krüg.&C.	*1*	12	179.30bG

Schöll.Eit Kg	*1*	6	105.10bG
Scholten St.	*9*	12	209.75bB
Schomburg	*O*	7	165.00b
Schönebeck	*7*	0	81.10bG
Schönebg-F.	*4*	0	134.00b
Schoening	*5*	7	132.25b
Schönw. Prz.	*1*	0	105.25G
Schött. Rhdt.	*1*	7	118.50G
Schftg. Huck	*1*	6	124.50G
Schub.&Slz.	*4*	20	313.25bG

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemäßigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191106092-17/fragment/page=0004